Für starke bäuerliche Betriebe in Europa

20.04.2019 23:22

Ortshauptversammlung CSU Holzhausen: „Landwirtschaft braucht kein Büßerhemd“

Die Pfeffenhausener Kreisrätin und Europaparlamentskandidatin Elisabeth Fuß sprach sich für ein Europa der starken Regionen aus und grenzte die Christsozialen klar von der „deutschen Brexit-Partei AfD“ ab. CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner ging auf die erneute Novellierung der Düngeverordnung durch den Bund ein.

„Die erfolgreiche Friedens- und Wirtschaftsgemeinschaft Europäische Union ist zu sehr zur Selbstverständlichkeit geworden“, sagte Fuß. Darum müsse es die Politik schaffen, dass sich die Menschen wieder mehr mit Europa identifizierten. Die CSU mit Manfred Weber als Spitzenkandidat der europäischen Konservativen schlage dafür den bayerischen Weg vor: „Wir wollen ein Europa der starken Regionen, die sich ihre Kultur bewahren, gemeinsam auf die christlich-abendländischen Werte bauen und gegenseitig wirtschaftlich stärken.“ Die Bevölkerung könne stolz auf die EU sein. Dafür brauche es gesellschaftliche Leuchtturmprojekte wie die enorme Förderung der Krebsforschung. Ebenso wichtig sei, dass die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beende und die Außengrenzen für eine geordnete Migration sichere. Außerdem sollten die innere Sicherheit durch besseren nationalen und internationalen Datenaustausch der Sicherheitsbehörden gestärkt und die weltweite Entwicklungshilfe zur Eindämmung der Fluchtursachen ausgebaut werden.

Abgrenzung nach links und rechts

Fuß distanzierte sich deutlich von der AfD: „Diese Partei will den deutschen EU-Austritt und steht damit für politische und wirtschaftliche Instabilität. Wir grenzen uns klar von diesem Irrsinn ab.“ CSU-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner stärkte Elisabeth Fuß den Rücken: „Die Christsozialen wehren sich zudem gegen linke Ideologien von Grünen und SPD wie eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der EU. Das würde Leistungsträger wie Deutschland und Bayern einseitig belasten und andere Staaten könnten so auf Kosten unserer stabilen Finanzen ihre maroden Haushalte sanieren.“ Damit schaffe man keine zusätzliche Attraktivität für die Europäische Union, ganz im Gegenteil: „Man liefert den ewigen Populisten noch mehr Futter.“

Oßner äußerte sich auch zum drängenden Landwirtschaftsthema Düngeverordnung. Nachdem der EU-Kommission die Verschärfung in Deutschland im Jahr 2017 nicht weit genug ging, arbeitet die Bundesregierung nun an neuen Vorgaben, die ab Frühjahr 2020 gelten sollen. „Bis der Entwurf im Herbst der EU-Kommission vorgelegt wird, müssen wir vor allem die unsinnige 80-Prozent-Regel verhindern“, sagte der Heimatabgeordnete, der die Region auch als stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Bundestags vertritt.

CSU tritt für Bauern ein

Nach aktuellen Überlegungen für diese Vorschrift sollen auf bestimmten landwirtschaftlich genutzten Böden, den sogenannten roten Gebieten, nur noch 80 Prozent der Nährstoffe, welche die angebauten Pflanzen brauchen, bei der Düngung ausgebracht werden. „Niemand will eine Überdüngung, aber eine Unterdüngung der Kulturen kann nicht das Ziel verantwortungsvoller Landwirtschaftspolitik sein“, betonte Oßner. „Die CSU steht an der Seite der Bauern und setzt sich weiter für eine vernünftige und praktikable Lösung ein. Gefühlt haben wir 82 Millionen Landwirte in unserem Land, nachdem aus jeder Ecke vor allem negative Urteile über die Landwirtschaft kommen. Dass unsere wirklichen Experten, die Landwirte selbst, jedoch die hochwertigsten Lebensmittel weltweit produzieren, wird kaum honoriert. Die Landwirtschaft braucht deshalb kein Büßerhemd, nur weil es wenige schwarze Schafe darunter gibt", so Oßner.

Abschließend bedankte sich der Bundestagsabgeordnete beim Ortsvorsitzenden Franz Josef Graf und seiner Mannschaft für ihren Einsatz gerade auch für die landwirtschaftlichen Themen.

_ Der Vorstand der CSU Holzhausen um Franz Josef Graf (Zweiter von links) mit Europaparlamentskandidatin Elisabeth Fuß (links) und dem CSU-Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (rechts).